

ANSICHTEN-AUSSICHTEN

◀ **Lehrstück**
Eisenbahnstraße
Seite 2 >>>

◀ **DIE LINKE**
wirkt! Lesen Sie auf
Seite 3 >>>

◀ **Kultur im Ort**
Ein Bericht auf
Seite 5 >>>

Bezahlbare Energie für alle



Von Dr. Dagmar Enkelmann

Dass die Versorgung mit Energie zur Daseinsfürsorge, zu den fürs Leben notwendigen Gütern gehört, wird niemand bezweifeln. Die vielerorts drastisch steigenden Energiepreise und Mieten gefährden aber sogar den Lebensstandard so genannter Normalverdiener. Zuletzt eilte auch die Bundesregierung von Energiegipfel zu Energiegipfel - allerdings ohne greifbares Ergebnis.

Die Bundesregierung sieht nicht nur tatenlos zu, wie Energie teilweise unbezahlbar wird - sie hat zudem den Vergünstigungen von Großverbrauchern beim Strom Tür und Tor geöffnet. Weniger oder gar nichts zahlen Unternehmen z.B. bei der EEG-Umlage, bei der Stromsteuer oder bei der so genannten Offshore-Umlage.

In diesem Jahr, 2013, summieren sich diese Subventionen, von denen ca. 2000 Unternehmen profitieren, bereits auf 13 Milliarden Euro. Die Folgen tragen die privaten Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen und die öffentlichen Haushalte von Bund, Land und Kommunen. Die Bundesregierung will jetzt aufgrund der überbordenden Ungerechtigkeit einige der Stromsubventionen streichen. Konkretes ist aber erst für den Mai angekündigt - und wann das umgesetzt wird, steht ganz in den Sternen.

Bereits im Dezember 2012 hatte ich gefordert, die Stromsteuer zu senken. Dies ist auch bezahlbar. Eine Verringerung der Stromsteuer um 1,5 Cent je Kilowattstunde ergibt für den Bundeshaushalt gerade einmal 2,2 Milliarden Euro an Mindereinnahmen. Die Idee wurde von der Landesregierung Brandenburg aufgegriffen und auch der SPD-Vorsitzende Gabriel konnte sein Herz für das Absenken der Stromsteuer erwärmen. Das hinderte die SPD-Fraktion im Bundestag im März allerdings nicht daran, den entsprechenden Antrag der LINKEN abzulehnen. Das Gleiche geschah beim Antrag der LINKEN, Stromsperrungen zu verbieten. Notwendig sind zudem Sozialtarife, eine wirksame staatliche Preiskontrolle und eine über die Beratung hinausgehende Energieeinsparungsoffensive.

Das widersprüchliche Verhalten der SPD betrifft übrigens nicht nur die Energiefrage. Auch bei der Eurokrise werden lauthals die Folgen für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausgemalt - im Bundestag winkte die Mehrheit der SPD- und auch auf der grünen Fraktion zuletzt aber das unsoziale „Rettings“paket für Zypern durch. Worte und Taten passen nicht zusammen.



Markt in der heutigen Eisenbahnstraße

Links unten

Der Wolf

War die Währungsunion der Euroländer ein Erfolg? Für die Regierenden in Deutschland auf jeden Fall. Ist die Banken Zwangs-Abgabe in Zypern ein neues Instrument der Europolitik? Sie ahnen es: Auf jeden Fall.

Dieser Griff auf die Geldeinlagen ist der erste Baustein eines Planes zur künftigen Regierung Europas. Autoritär, dogmatisch und undemokratisch. Ihr Vorbild: Die sogenannte „deutsche Wiedervereinigung“. Der Konstrukteur hat einen Namen: Wolfgang Schäuble.

Er stellte in einem Interview in der New York Times seine Vision vom Vereinigten Europa vor. Sein Grundgedanke: nach der fiskalischen Union muß die politische Union kommen. Da die „Mitgliedsländer“ der EU das nicht von sich aus wollen, müssen Krisen genutzt werden, um sie dazu zu zwingen.

Schäuble hat schon für Hel-

mut Kohl die „deutsche Wiedervereinigung“ nach dem Motto organisiert: „Wo ein politischer Wille ist, findet sich auch das Geld dazu“. Die Bundesregierung führte den „Solidarbeitrag“ für sieben Jahre, ein, er gilt aber nun seit 21 Jahren. Es herrscht die höchste Arbeitslosigkeit in den sogenannten „Neuen Bundesländern“: Mecklenburg-Vorpommern mit fast 14 %, Sachsen-Anhalt, Berlin, Brandenburg, Sachsen, Thüringen.

Und genauso will er die „Eini-gung Europas“ herbeiführen. Ob Weg und Mittel richtig sind? Zweifel oder Selbstzweifel sind nicht Schäubles Ding. Er fragt auch nicht, ob all die Krisen des Euro nicht doch vielleicht an der Fehlkonstruktion der Eurowährung liegen, weil man verschiedene Volkswirtschaften nicht ohne Zwang über einen Leisten scheren kann!

Statt „Hilfs-Paket“ gibt es jetzt „Zwangs-Abgabe“. Die Zyprioten führt er vor, sie sind schwach und weit weg. An

ihnen kann er ein Exempel statuieren: Die europäische Einigung soll künftig über Zwang erfolgen. Über Enteignung, Rechtsbruch, Diktat in die Finanzklaverei.

Der Druck der Straße verhinderte gerade (noch) das Abschröpfen der Kleinanleger.

Wer glaubt, dass Zypern ein Einzelfall ist, unterschätzt Schäuble gewaltig. Er hofft, so sagte er es dem Korrespondenten der NYT, bis Mitte 2013 „neue, gestärkte und vertiefte politische Strukturen beisammen zu haben, um die politische Einigung Europas durchzuziehen“. Das könnte aber auch schief gehen. Der unübersehbare Widerstand in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland, die Wut und Empörung der Bürger, lassen sich nicht mehr unter den Teppich kehren.

Heinz Scharf



Lehrstück in Sachen Demokratie?

Ein Lehrstück in Sachen demokratischer Kommunalpolitik könnte unsere Eisenbahnstraße werden. Wo gab es das bisher: Von Anfang an war der Bürger in alle bisherigen Entscheidungsprozesse einbezogen. Ein Lob für die Gemeindevertretung und die Verwaltung.

Ein schmaler Streifen Land, gelegen zwischen Eisenbahnstraße und Gleisanlagen der Bahn, im Zentrum der Gemeinde, weniger als ein Hektar groß, ruft großes öffentliches Interesse hervor. Es begann mit einer gut besuchten Informationsveranstaltung im August vorigen Jahres. Es setzte sich fort im Ideenwettbewerb um die beste Gestaltung, der 53 schriftlich vorgelegte Vorschläge einbrachte und der Bildung einer Bürgerjury, die diese auswertete.

Um das Plangebiet Eisenbahnstraße ging es am 8. April erneut in einer öffentlichen Veranstaltung im Bürgerhaus. Das Bürgerinteresse war wiederum groß, die Stühle reichten kaum.

Prof. Jens Caspar von der Cottbuser Universität moderierte die Veranstaltung. Er stellte die Ergebnisse der Arbeit der Jury zur Diskussion. Nach seiner Auffassung habe diese in intensiver und auch kontroverser Diskussion einen Kompromiss gefunden, der viele geäußerte Forderungen der Bürger berücksichtigt, so u.a.

- den gewünschten östlichen Zugang zum S-Bahnhof,

- die mögliche Erhaltung der Eisenbahnhäuser,
- Alleincharakter der Eisenbahnstraße,
- die Ansiedlung von kleinteiligem Gewerbe,
- die Ansiedlung eines Marktplatzes,
- die Anpassung der Neubauten an die Größe der umliegenden Gebäude (3-geschossig).



Foto: Gemeinde Neuenhagen

So weit, so gut. Die Arbeit der Jury wurde gewürdigt. Trotzdem kam Spannung auf.

Zahlreiche Bürger hatten ein konkretes Gestaltungsmodell für die Eisenbahnstraße erwartet. Also nichts mit Häuserfassaden, Dächern und Gehwegen. Drei große Vierecke kennzeichnen das Areal im Modell, das bebaut werden kann. Das erschrickt: So gewaltig sollen doch nicht etwa die Häuser werden?

Aber darum ging es überhaupt nicht. Es ging lediglich um einen Rahmenplan für die künftige Gestaltung des Plangebietes, um die Feststellung des möglichen Baulandes für einen zukünftigen Investor.

Dieser ist erforderlich. Für die Gemeinde kommt aus Kostengründen eine eigenständige Projektrealisierung nicht infrage. Bürgermeister Henze hat dies kategorisch ausgeschlossen.

Das Beteiligungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Das ist auch wichtig für etwaige Verhandlungen mit Investoren. Denn eine starke Mitbestimmung der Bürger hilft auch, die Interessen der Gemeinde gegenüber Investoren zu wahren, die das Filetgrundstück in der Eisenbahnstraße vor allem unter Renditegesichtspunkten betrachten.

Eine Alternative wurde von der LINKEN aufgeworfen: Wir rüsten unsere KENeu auf und machen es selbst. Die Mietgebäude, die sie verwaltet, wurden mehrheitlich zu Kleinodis in der Gemeinde. Ein kluger Gedanke. Allerdings müssen auch dort die wirtschaftlichen Bedingungen stimmen.

Es bleibt also nur zu hoffen, dass aus der Zahl der nach Auffassung der Verwaltung bereitstehenden Investoren jener ausgewählt wird, der nicht nur die höchstmögliche Vermarktung seiner Gebäude anstrebt, sondern auch ein Herz für unsere Gemeinde im Grünen hat (das schöne Wort Gartenstadt wage ich nicht auszusprechen, es könnte missdeutet werden!).

Aber bis dahin läuft noch viel Wasser den Mühlenfließ hinab. Erst im Dezember 2013 soll der Rahmenplan – der die Grundlage für den Bebauungsplan ist – von der Gemeindevertretung beschlossen werden.

Hartwig Wolff

Jetzt mitmachen und Ihre Meinung einreichen (wird an die Jury weitergeleitet):
Brief: Frau Roehrs-Teuber, Am Rathaus 1, 15366 Neuenhagen bei Berlin
Mail: a.roehrs-teuber@neuenhagen-bei-berlin.de

Linksaktiv zur Eisenbahnstraße in Aktion

Auch das Linksaktiv Neuenhagen war auf der Versammlung zur Eisenbahnstraße vertreten und kündigte dort auch Aktionen auf der Straße an, um Bürgerinnen und Bürger zu informieren und

zur Beteiligung anzuregen.

Schon am Mittwoch darauf haben wir dann eine erste Veranstaltung am Bahnhof Neuenhagen und vor dem Rewe in der Ernst-Thälmann-Straße durchgeführt. Mit einer großen Pinnwand, mit Bildern zur Veranschaulichung sowie Klemmbrettern wurden Passanten informiert und befragt, welche Meinungen sie zu dem Vor-

schlag der Jury haben.

So sprachen wir mit über 70 Neuenhagener Einwohnern, mit teils sehr unterschiedlichen Auffassungen: Zu groß, zu viel Bebauung oder aber Einverständnis, so lange es in das Ortsbild passt, waren zum großen Teil die Antworten der Befragten. Unverständnis wurde darüber geäußert, dass der Park vor dem Bahnhof ein wei-

teres Mal umgestaltet werden soll, da dies doch gerade erst vor zwei Jahren geschah (Das wurde zwar in der Präsentation am 8. April angeregt, gehört aber nicht zum Thema). Positiv wurde angemerkt, dass der Marktplatz von der Straße auf eine größere Freifläche verlegt werden und wenigstens ein Eisenbahngebäude erhalten bleiben soll.

[weiter auf Seite 3 >>>](#)

DIE LINKE wirkt!

Genau so könnte das Wahljahr 2013 überschrieben werden. Wir müssen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. DIE LINKE hat das Meinungsbild in der Gesellschaft kräftig verändert, sie hat bewirkt, dass die sogenannten etablierten Parteien unsere Forderungen übernehmen, um ihren Machterhalt zu sichern.

Das Meinungsbild in der Gesellschaft bewegt sich nach links, das ist die Richtung, die wir wollen. Einen Alleinvertretungsanspruch für unsere Meinung haben wir nicht und wollen wir auch nicht. Natürlich müssen wir unsere Basis zur Verbreitung unserer Meinung ständig erweitern und allein aus diesem Grund ist es nicht verkehrt, ab und an darauf zu verweisen, wer es halt erfunden hat.

Es war in sehr vielen Fällen DIE LINKE. Hierzu nur einige Beispiele: Gegen die **Praxisgebühr** sind wir auf die Straße gegangen, ich kann mich an kalte Tage vor den Arztpraxen in Seelow erinnern, vom Unverständnis bis zur vollen Unterstützung haben wir alles gespürt. Wir haben vor Praxen heißen Tee bekommen und auch kalte Blicke, verkehrt war es aber trotzdem nicht. Wir sind zufrieden, weil sie weg ist, weil es unsinnige Geld-

>>> Fortsetzung von Seite 2

Auch über die Inhalte der Gebäude wurde diskutiert: Ein Fitnesscenter, Jugendzentrum, sozialer Wohnungsbau oder aber auch gegen Wohnungen wurde sich ausgesprochen.

Klar ist, dass es eines Konzeptes bedarf und evaluiert werden sollte, was wirklich vor Ort gebraucht wird. Am Ende unserer Gespräche haben wir immer darauf verwiesen, dass sie sich an die Gemeinde direkt wenden müssen, um von ihrer Stimme Gebrauch zu machen. Bis zum 15. Mai haben die Bürger*innen noch Zeit sich zu melden.

Zukünftige Aktionen sind von unserer Seite aus auch wieder geplant: So werden wir auf dem Wochenmarkt am 27.04. und in unserem Bürgerbüro am 11. Mai weitere Aktionen zum Thema Eisenbahnstraße durchführen.

Linksaktiv.
NEUENHAGEN BEI BERLIN

schneiderei war. Dicke Bretter bohren braucht seine Zeit, und es ist wichtig, den Bohrer anzusetzen und in Bewegung zu halten, für den letzten Span findet sich immer einer.

Ein Musterbeispiel ist aber der **flächendeckende gesetzliche Mindestlohn**. Zwölf Jahre hat es gedauert, bis am 1. März dieses Jahres erstmals ein Verfassungsorgan einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn auf den Weg gebracht hat. Beim Einbringen des ersten Antrages der Bundestagsfraktion der damaligen PDS im April 2002 wurden wir belächelt, verhöhnt und verspottet. Übrigens nicht nur von den Parteien, sondern auch von einzelnen Gewerkschaften, die flankierende Empörung „über die Einmischung in die Tarifgestaltung“ demonstrierten. „Destruktiv, unbezahlbar, rückwärtsgewandt, ohne Substanz“ und viele andere Sprüche begleiteten diese und andere Vorlagen in den Parlamenten.

Dagmar Enkelmann ging mit dem Thema Mindestlohn im Wahlkampf 2005 sehr offensiv um und wurde selbst da noch belächelt, obwohl inzwischen auch die Gewerkschaften das Thema anders betrachteten. So wie unsere Bundestagsabgeordnete das Thema im Wahlkreis beförderte, nahm es in der gesamten Gesellschaft Fahrt auf. Im Bundestagswahlkampf 2009 fand man den Begriff schon im Wahlprogramm der Grünen und der SPD, parlamentarische Initiativen dazu gab es von ihnen aber nicht. Im Bundestagswahlkampf 2013 werden alle einen Treueschwur auf den gesetzlichen Mindestlohn ablegen. Doch auch hier ist Mindestlohn nicht gleich Mindestlohn, wir wollen, dass man davon leben kann, dass Arbeit ein Leben in Würde garantiert und eine existenzsichernde Rente einbringt.

Weitere Beispiele sind:

- » **Reichen- und Vermögenssteuer,**
- » **die Erhöhung des Spitzensteuersatzes,**
- » **Sozialabgaben für alle Einkommensbereiche,**
- » **keine Sozialisierung von Verlusten und Kosten bei Privatisierung von Gewinnen,**

- » **bezahlbare Mieten und Energiekosten,**
- » **Gewährleistung der Mobilität durch den Ausbau des ÖPNV und nicht zu vergessen,**
- » **der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.**

DIE LINKE tut gut daran, keines ihrer Themen an jemanden abzugeben, und das spiegelt sich im Entwurf des Wahlprogramms sehr gut wider. Wir haben die Kraft, noch mehr Druck zu machen, damit niemand an unseren Themen vorbei kann. Das Erreichte sollte dabei immer der neue Ausgangspunkt sein, um diese Welt, unsere Welt nach links zu drehen. Nachhaltig, sozial, solidarisch, friedlich und ökologisch sollten Wörter sein, die uns dabei immer begleiten.

Die aufgeführten Beispiele zeigen, dass wir inhaltlich sehr gut auf die Wahlen vorbereitet sind. Mit großer Geschlossenheit haben wir **Dagmar Enkelmann** als unsere Direktkandidatin aufgestellt. Wir werden das Direktmandat erkämpfen! Die Ausgangspositionen dafür sind gut, aber der Weg ist noch weit.

Beitrag gekürzt aus DIE LINKE-IMPULSE, Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland, Ausgabe März 2013



31. Neuenhagener Gespräch

am 14. Mai 2013, um 19.00 Uhr

im **Bürgerhaus Neuenhagen,**
Hauptstr.2

Mit **Dr. Dietmar Bartsch** zum Thema:

„Die deutsche Politik vor den
Bundestagswahlen 2013“

Moderation: Marian Krüger

Wie lange dulden wir das noch ?

Wir leben in einer Zeit von Krisen und Protest. Ob Bankenkrise oder Eurokrise, ob Stuttgart 21 oder Occupy-Bewegung.



Bildquelle: commons.wikimedia.org/wiki/

Alles bewegt alle, alles wird uns durch die Medien 1:1 vermittelt. Die Krisenmanager setzen ungefragt Milliarden von Steuergeldern aufs Spiel, von denen noch nicht einmal gesagt ist, dass sie de facto existieren. Ihr Wert bildet sich nur in digitalen Zahlenfolgen ab.

Die entstehenden Schulden werden je-

doch für Generationen Realität sein. Zypern ist nur eine weitere Episode des Problems und seiner Verwalter: Bürgerwille und politisches System. Warum protestieren die Menschen an jedem gesellschaftlichen Brandherd? Warum kann die heutige politische Kaste das überleben, obgleich sie sich nur noch in Krisenmanagement, Schadensbegrenzung und Machterhalt übt? Warum kann unter staatlichem Siegel einem harmlosen alten Mann in Stuttgart ein Auge ausgeschlagen werden, ohne dass mehr erfolgt als ein Aufschrei, der sich bald wieder verflüchtigt?!

Offensichtlich zersplittert sich bürgerlicher Protest auf ganz spezielle eigene Interessen und lässt sich nicht zu einer umfassenden Bewegung bündeln.

Davon profitiert das herrschende politische System. Es muss zwar mit aufflackernden Strohfeuern der Wut rechnen, aber nicht mit einem Feuersturm der Entrüstung, dessen Halbwertszeit lang genug wäre, um sich zu einer ernsthaften Gefahr für die Mächtigen auszubreiten. Was bedeutet das für einen politischen Neuanfang in Deutschland?

Dr. Arno Gassmann

gekürzt von der Webseite:
Suchen 220313



Grüne und SPD ziehen nicht mit

von **Christian Görke**,
Vorsitzender der Landtagsfraktion
DIE LINKE.

Die Steuersenkungspolitik der letzten Jahre hat Brandenburg Einnahmeverluste von 4 Mrd. Euro gekostet. Inzwischen hält eine Mehrheit der Bürger eine stärkere Besteuerung höherer Einkommen für gerecht.

SPD, Grüne und LINKE versprechen in ihren Wahlprogrammen jeweils eine Anhebung des Spitzensteuersatzes. Im Bundesrat gibt es jetzt eine rot - rot - grüne Mehrheit. Da sollte man doch meinen, dass ein brandenburgischer Antrag zur Anhebung des Spitzensteuersatzes dort glatt durchgeht. Doch die anderen rot-grün regierten Länder haben leider zunächst darauf verzichtet, diese Gestaltungsmehrheit zu nutzen und stattdessen den Antrag in die Ausschüsse verschoben...



Unser Gesetzesentwurf, der unter der Federführung von Finanzminister Helmut Markov entstand, sieht die Anhebung des Spitzensteuersatzes von bislang 42 auf 49 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von 100.000 Euro vor.

Das hätte für einen Alleinstehenden mit einem Monatseinkommen von 4600 Euro eine zusätzliche Steuerbelastung von 30 Cent pro Monat bedeutet, bei 5000 Euro dann 3 Euro und bei 8330 Euro Monatsein-

BER realisiert

Soweit ist es jedoch noch nicht. Es könnte ja nur heißen: BER wird realisiert. Oder: BER wird realisiert sein, irgendwann. Hoffentlich hat der neue Vorsitzende der Geschäftsführung realisiert, worauf er sich da eingelassen hat. Die Öffentlichkeit hat zunächst etwas überrascht realisiert, dass er auf der ersten Pressekonzferenz noch nicht realisiert hatte, dass Tegel nach der Fertigstellung des BER laut Gerichtsurteil geschlossen werden muss. Es ist anzunehmen, dass die Irgendwann-Fertigstellung des BER rechtzeitig von den Fluggesellschaften realisiert werden wird, damit dann auch tatsächlich Flugzeuge landen und starten. Sonst ginge es dem BER so wie dem Jahrhundertbauwerk Jade-Weser-Port: teuer gebaut und keiner fährt hin.

Ja, „realisieren“ hat wirklich mehrere Bedeutungen. Die erste – laut Duden online „bildungssprachliche“ – heißt „etwas, einen Plan, eine Idee o. Ä. in die Tat umsetzen“. Man kann dafür auch „ausführen“, „durchführen“, „wahr machen“ oder ganz einfach „verwirklichen“ sagen. Doch zunehmend schiebt sich eine zweite Bedeutung umgangssprachlich in den Vordergrund. Man „begreift“, „durchschaut“, „erfasst“, „erkennt“, „versteht“, „gewahrt“, „durchblickt“, „kapiert“, „bemerkt“ usw. nicht mehr, man „realisiert“. Das ist „in“, obwohl „realisieren“ seinen Ursprung im Französischen hat, dessen Begriffe schon in den letzten Jahrzehnten durch englische abgelöst worden sind (z. B. Billett zu Ticket; Fahrkarte ist da viel zu weltabgewandt).

Und so heißt es zum Beispiel bei der Vorstellung des Fernseh-Dreiteilers „Unsere Mütter, unsere Väter“: „Erst mit dem Ostfeldzug realisieren die Menschen, wie es wirklich um sie steht.“ Oder von Sportreportern kann man sinngemäß hören: „Er hat erst kurz vor der Siegerehrung realisiert, dass er zu den Besten gehört.“ Warum heißt es nicht einfach: „Erst mit dem Ostfeldzug durchschauten die Menschen ...“ und „Er hat erst kurz vor der Siegerehrung begriffen ...“?

Die Sprache entwickelt sich eben. Das müssen wir realisieren!

Dr. Bernd Raum

kommen (das sind 100.000 Euro im Jahr) 137 Euro monatliche Mehrbelastung.

Die Brandenburger Linke hat in gemeinsamer Regierungsverantwortung mit der SPD ihren Wahlkampforderungen Taten folgen lassen. Nach dem indifferenten Verhalten der rot-grün regierten Bundesländer, müssen sich SPD und Grüne nun fragen lassen, wie ernst sie es bereits vor der Bundestagswahl mit ihren steuerpolitischen Forderungen meinen.

Kultur ... Kultur ... Kultur ...

Als die Bibliothek, die Blaupause und die Arche auf der letzten Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses ihren Jahresbericht vorstellten, war eines schnell klar: Neuenhagens Kultur geht es so gut wie lange nicht mehr – genau zur richtigen Zeit.



auch im Alltag ist das Haus voll wie nie. Ebenso konnte die Arche durch zahlreiche Veranstaltungen und ihre Sommer-Openairs überzeugen.



Die Bibliothek konnte im Schnitt an mehr als an jedem dritten Tag des Jahres auf Veranstaltungen verweisen, alle gut bis sehr gut besucht. Die Blaupause konnte ihre Konzertreihe im Ort fest verankern und sowohl um Kinder- und Jugenddiscos erweitern, aber



Alle Häuser kamen damit auf eine deutlich vierstellige Besucherzahl, alles erheblich mehr als in den Jahren zuvor.

Vor allem zeigt sich: Kultur in Neuenhagen ist für jedes Alter interessant. Neuenhagen ist keine Schlafstadt, hier wird Kultur gelebt und erlebt!

Das ist auch gut so, denn Neuenhagen braucht das miteinander. Ob in der Politik, zwischen den Generationen, zum Heranwachsen, als Ausgleich zum Beruf oder zum Engagement im Alter. Wenn unsere Wirtschaftsordnung den Kampf/Wettbewerb gegeneinander predigt und die Gesellschaft individualisiert, müssen Menschen wieder zusammenkommen können.

Alle drei Häuser bekommen seit Anfang des Jahres auch mehr Geld seitens der Gemeinde für ihre Arbeit. Wir sind gut aufgestellt und werden jeden Tag das berühmte Stückchen besser.

Schauen auch Sie mal in Neuenhagens Kulturstätten vorbei – Sie finden garantiert das Richtige.

Ihre Kultur.
Hier.
Vor Ort.

Sven Kindervater

Fotos: Gemeinde Neuenhagen



Veranstaltungsplan im Internet

Thema Straßenreinigung - vorerst Abschluss einer Diskussion

Die Linksfraktion in der Gemeindevertretung Neuenhagen gibt dazu folgende Erklärung ab:

Zur Mitteilungsvorlage 015 / 2013

Die Mitteilungsvorlage (der Verwaltung, d.Red.) gibt das Ergebnis einer Untersuchung zur Übernahme von Leistungen der Straßenreinigung, der Grünflächenpflege und Laubentsorgung sowie des Winterdienstes in kommunale Hände wieder.

Auslöser für diese von unserer Fraktion im Jahre 2012 initiierte Untersuchung waren die in den vorangegangenen Jahren aufgetretenen Irritationen bei der Abrechnung der Laubentsorgung und die in hohem Maße schwankenden Angebotspreise für die o.g. Leistungen. Hinzu kamen Beschwerden der Einwohner über unvollständige oder unsachgemäße Ausführung der vertraglich vereinbarten Leistungen.

Ziel der Untersuchung im Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß (VWA) war es, aus einer vergleichenden Betrachtung zwischen der bisherigen privat-recht-

lichen und einer öffentlich-rechtlichen Leistungserbringung Vorschläge für die Gemeindevertretertagung zu erarbeiten.

Im Ergebnis vertritt die Mehrheit des VWA die Auffassung, dass die Reinigungsstandards ausreichend sind und ihre Einhaltung nicht zu bemängeln ist, eine Realisierung in kommunaler Hand gegenüber der Beauftragung privater Firmen keine Vorteile bietet und der Bauhof verstärkt Eigenleistungen in diesem Bereich erbringen sollte.

Dazu erklärt die Fraktion DIE LINKE. in der Gemeindevertretung Neuenhagen bei Berlin:

1. Die Meinung, dass die Reinigungsstandards eingehalten werden, kann so absolut nicht geteilt werden.

2. Beim Vergleich der Leistungserbringung durch privat-rechtliche und öffentlich-rechtliche Unternehmen bleiben wesentliche, von uns eingebrachte Punkte unberücksichtigt. Das betrifft insbesondere Transparenz, Nachhaltigkeit und Tariftreue. Aus diesen Gründen sind wir für die Realisierung in kommunaler Hand durch einen Zweckverband.

3. Die Aussagen in der Vorlage zur Umsatzsteuerpflicht bei einer Realisierung im Zweckverband treffen sachlich nicht den Zusammenhang, wie in der Protokollnotiz zur VWA-Sitzung von uns festgestellt wurde.

4. Unabhängig davon unterstützen wir den Vorschlag der Verwaltung, den Bauhof stärker in die Leistungserbringung einzubeziehen.

Wir werden dieses Thema mit den Linksfraktionen der Nachbargemeinden weiter verfolgen, da es auch dort Überlegungen zur Kommunalisierung dieser Leistungen gibt.

Wir bitten, diese Erklärung in die Niederschrift der Gemeindevertretertagung aufzunehmen.

DIE LINKE.
Fraktion in der Gemeindevertretung
Neuenhagen bei Berlin

Heute: Ein Gedicht von der Bank...

dass der Dichter und Satiriker Erich Kästner bereits vor 82 Jahren ein höchstaktuelles Gedicht über Bankenkrach und Sparorgien geschrieben hat? Was denn nun – Gedichte zum Wahlkampf? Natürlich kann Lyrik genau so wenig die Welt verändern wie lange politische Reden oder Zeitungsartikel es können. Lassen Sie uns aber an der zugespitzten Angriffslust dieses satirischen Gedichtes Spaß haben, und Spaß ist ja schließlich auch nicht schädlich im politischen Kampf einer kulturvollen Partei.

Auf einer kleinen Bank vor einer großen Bank

Worauf mag die Gabe des Fleißes,
die der Deutsche besitzt, beruh'n?
Deutsch sein heißt (der Deutsche weiß es)
Dinge um ihrer selbstwillen tun.

Wenn er spart, dann nicht deswegen,
dass er später davon was hat.
Nein, ach nein! Geld hinterlegen
findet ohne Absicht statt.

Uns erfreut das bloße Sparen,
Geld persönlich macht nicht froh.
Regelmäßig nach paar Jahren
klaut ihr's uns ja sowieso.

Nehmt denn hin, was wir ersparten!
Und verludert's dann und wann!
Und erfindet noch paar Arten,
wie man Pleite gehen kann!

Wieder ist es euch gelungen,
wieder sind wir auf dem Hund.
Unser Geld hat ausgerungen,
ihr seid hoffentlich gesund.

Heiter steh'n wir vor den Banken.
Armut ist der Mühe Lohn.
Bitte, bitte, nichts zu danken!
Keine Angst, wir gehen schon.

Und empfindet keine Reue!
Leider wurdet ihr erpapt.
Doch wir halten euch die Treue.
Und dann sparen wir auf's Neue,
bis es wieder mal so klappt.



Quelle: Deutsche Fotothek

Souverän über andere und über uns selbst lachen, können nur die, die ihrer Sache sicher sind und gute Argumente dafür haben. Und die können auch Gedichte für einen Wahlkampf nutzen.

Dr. Erich Siek

Anlässlich des **Tages der Befreiung** wird am

08. Mai 2013 um 18 Uhr

im Siedlerheim Hönow in der

Thälmannstrasse 21 in Hönow

der Spielfilm „**Kriegerin**“ aufgeführt.

Im Anschluss an den Film wird eine Diskussion durchgeführt. Als Gäste sind Petra Pau (angefragt) und Mitglieder des NSU-Untersuchungsausschusses eingeladen. Der Eintritt ist frei, es wird aber noch für einen entsprechenden Zweck um Spenden gebeten.

OV DIE LINKE.Hoppegarten

Unsere Buchtipps für Sie



Matthias Weik, Marc Friedrich

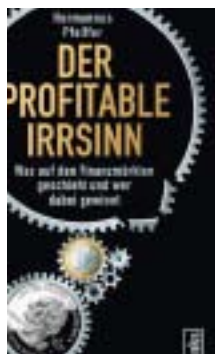
Der größte Raubzug der Geschichte:

Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden

Tectum-Verlag 1. Auflage
ISBN-13: 978-3828829497

Das Buch ist kein trockenes Finanzbuch. Die Autoren verwenden eine junge Sprache, um auch junge Leser anzusprechen. Sie erklären die Ursachen der Krise und was die Banken fabrizieren.

Sie stechen in Wespennester, nennen Entscheidungsträger und entschleiern, was Banken nie eingestehen würden. Dem Leser werden die Grundzüge des heutigen Wirtschaftssystems wirklich klar und er erkennt die ersten Fehler, die dann zu den jeweiligen Krisen führten.



Hermannus Pfeiffer

Der profitable Irrsinn:

Was auf den Finanzmärkten geschieht und wer dabei gewinnt

Ch. Links Verlag; 1.Auflage
ISBN-13: 978-3861536628

Das Buch besteht aus drei großen Kapiteln, die in erster Linie durch Kapitalismuskritik geprägt sind. Es gibt aber auch eine Alternative. Sie besteht in einem demokratischen Binnenmarkt Europas, ist noch nicht in Sicht, sei aber nötig, um den profitablen Irrsinn zu beenden.

Die endgültige Macht liege einzig und allein in den Händen der Bürger, die mit Reformen und Demokratie vieles durchsetzen können. „Der profitable Irrsinn“ lässt sich als ein politisches Buch begreifen, welches durch den Finanzdschungel hindurch hilft und dessen tiefste Geheimnisse aufdeckt..

Das Bürgerbüro der LINKEN in der Ernst-Thälmann-Str. 33 ist geöffnet:
dienstags von 13 - 18 und sonnabends nach Vereinbarung



Impressum

ANSICHTEN - AUSSICHTEN
Herausgeber: Ortsorganisation Neuenhagen der Partei DIE LINKE, Marian Krüger c/o Bürgerbüro Ernst-Thälmann-Str. 33 15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.